



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/174

29. Juli 1950

Hinweise auf den Inhalt:

Zum 50. Todestag Wilhelm Liebknechts	S.1
Staat im Staate	
Die russischen Betriebe in Österreich	S.3
Die Atombombe der "Prawda"	S.4

Vor 50 Jahren starb Wilhelm Liebknecht

Von Hans Geiser

Am 7. August starb ohne vorherige Erkrankung Wilhelm Liebknecht. Noch am Abend vor seinem Tode arbeitete er in seiner Eigenschaft als Chefredakteur des "Vorwärts" bis tief in die Nacht hinein, eine Reise nach Italien vorbereitend. Der Tod zerschlug den Plan. Das deutsche, ja das ganze internationale Proletariat vermochte das unerwartete plötzliche Ableben von W. Liebknecht kaum zu fassen. Tiefste Trauer befiel die Millionen, für die er unter Aufopferung seiner ganzen kraftvollen Persönlichkeit sich eingesetzt hatte.

Unvergessen wird das Leichenbegängnis jedem Teilnehmer bleiben. Der Arbeiterführer - vom deutschen Kaiser "vaterlandsloser Geselle" beschimpft - wurde zu Grabe getragen, wie niemals einer zuvor. Hunderttausende folgten in kilometerlangen Zügen dem mit Blumen überladenen Leichenwagen. Erschütternde Szenen spielten sich unter den die Straße säumenden Massen ab, als der "Sohn des Volkes" zur ewigen Ruhe einging. Noch am Abend defilierten die Massen der Arbeiter an dem frischen Grabe vorbei.

Der politische Kampf Wilhelm Liebknechts war durch ein hartes Schicksal gekennzeichnet: sein Leiden in der Zeit der Emigration (er lebte als Verbannter und Verfolgter mehr als 12 Jahre mit Karl Marx

in London), die Verfolgungen unter dem Sozialistengesetz und seine vieljährigen Gefängnisstrafen, die die reaktionären preußischen Richter über ihn verhängten. 70-jährig musste Liebknecht noch wegen einer Rede auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Breslau eine Strafe von vier Monaten über sich ergehen lassen. Eine angebotene "Begnadigung" lehnte er kühl und stolz ab.

Unvergessen wird sein Kampf gegen Bismarok bleiben, den er als den Urheber des Krieges 1870 - 1871 gegen Frankreich anprangerte. In der Broschüre "Die Fälschung der Emser Depesche" erbrachte er den dokumentarischen Nachweis für Bismaroks Schuld. Sein unerschrockener Kampf gegen diesen Krieg brachte ihm und August Bebel einen Hochverratsprozess ein. Am 2. März 1871 wurden beide zu zwei Jahren Festung verurteilt. Seine Verteidigungsrede wurde zu einer Anklagerede gegen das herrschende System. Die Schlussbemerkungen lauteten:

"Schon in frühester Jugend habe ich die Schiffe hinter mir verbrannt und seitdem ununterbrochen für meine Prinzipien gerungen. Meinen persönlichen Vorteil habe ich nie gesucht ... Wenn ich nach unerhörten Verfolgungen arm bin, so ist das keine Schande - nein, ich bin stolz darauf, denn es ist das berechtigte Zeugnis für meine preußische Ehre. Noch einmal: ich bin nicht ein Verschwörer von Profession, nicht ein fahrender Landsknecht der Konspiration. Nennen Sie mich meinetwegen einen Soldaten der Revolution; dagegen habe ich nichts. Ein zwielfaches Ideal hat mir von Jugend an vorgeschwebt: Das freie und einige Deutschland und die Emanzipation des arbeitenden Volkes, d.h., die Abschaffung der Klassenherrschaft, was gleichbedeutend ist mit der Befreiung der Menschheit. Für dieses Doppelziel habe ich nach besten Kräften gekämpft, und für dieses Doppelziel werde ich kämpfen, solange noch ein Hauch in mir ist".

So hat es Wilhelm Liebknecht sein ganzes Leben gehalten. Aber so hart und kompromißlos er im politischen Kampf war, so gütig, ja oft sogar kindlich-naiv gab er sich im Freundes- oder Familienkreise. Wer ihn kannte, weiss von der naiven Freude, die er bei Überlistung der Gegner zeigte. Zum Beispiel, als die preußische Polizei trotz aller Anstrengungen nie herausbekam, wieso immer wieder Artikel und Aufrufe von Liebknecht in der Öffentlichkeit erschienen, obwohl er wohl bewacht auf der Festung saß. Nach seiner Entlassung lüftete er das Geheimnis. Seine Frau besuchte ihn stets in Begleitung seiner kleinen Tochter Alice - der späteren Frau des sozialdemokratischen Abgeordneten Bruno Geiser. Die Manuskripte wurden immer im Kleidchen des Kindes versteckt, und da bei dem Antritt aus der Festung nur die Mutter, nicht aber das kleine Kind beobachtet wurde, blieb der "Schmuggel" der Aufrufe zur Freude des Vaters Liebknecht unentdeckt.

Unerbittlicher, nie ermüdender Kampf für die Rechte der Werktätigen, ständige Sorge um seine Familie, zu der nach dem frühen Tode seines Schwiegersohnes noch fünf Enkelkinder stiessen - das war der Lebensinhalt dieses gütigen und lebensfrohen, im politischen Kampf sich aufreibenden Mannes; von der Arbeiterschaft verehrt, von seinen Feinden geachtet. Ein wahrhaft grosser Mann.

Staat im Staate

F. Wien, im Juli

Obwohl den Österreichern seit 1943 die volle Souveränität versprochen ist, besteht nach dem heutigen Stande der Dinge in absehbarer Zeit keine Aussicht auf die Befreiung von den Befreibern. Zwar verhallt der Ruf der Wiener Bundesregierung nach Senkung der Besatzungskosten nicht ungehört; die Westmächte werden Zivilkommissare an die Stellen der Militärgouverneure setzen, das Personal der Dienststellen wird verringert, die Amerikaner bauen sich jetzt in Österreich eigene Häuser und geben z.T. Wohnräume für den österreichischen Bedarf frei, es fehlt nicht an Taten und Gesten. Aber noch unterliegt die Legislative der alliierten Kontrolle, noch gibt es eine Postzensur, noch werden Österreicher vor alliierte Militärgerichte gestellt.

Das "deutsche Eigentum", in den Westzonen dem österreichischen Staat in Treuhandverwaltung übergeben, gehört im Osten praktisch den Russen. Was in den grossen Fabriken demontiert wurde, was und wieviel sie erzeugen und wohin die Waren wandern, vermag keine österreichische Stelle anzugeben. Die Verrechnung erfolgt über die Russische Staatsbank in Wien. Dass diese sich nicht in ihre Bücher schauen lässt, ist begreiflich. In der letzten Zeit lassen die Sowjets gewisse Eigentumsveränderungen grundbücherlich eintragen, um ihrem Raub den Schein des Legalen zu verleihen - ein Versuch mehr, möglichst viele Faustpfänder in die Hand zu bekommen.

Nach dem Willen der Besatzungsmacht sollen die Arbeiter und Angestellte der früheren deutschen Werke in Ostösterreich das Kader der KP sein. Sie haben also eine politische Funktion. Immer deutlicher aber zeichnet sich auch eine wirtschaftliche Aufgabe ab: die "USIA"-Betriebe, die jetzt unentwegt neue Filialen errichten, versuchen, durch Verkauf billiger Waren die einheimische Produktion zu schädigen. So kam vor kurzem ein grosser Posten von Emaillegeschirr auf den Markt, made in Piekistan, und verschiedene Produkte tauchen auf, deren Ursprung geheim bleibt. Die Spuren führen zur USIA (Uprawlenje Sowjetskowo Imuschtschewstwa/Awstrii = Verwaltung des Sowjetischen Vermögens in Österreich).

Es gibt Waren, die offensichtlich aus dem Auslande kommen, aber keine österreichische Dienststelle hat für sie eine Einfuhrgenehmigung erteilt, kein Zoll wurde bezahlt. Es muss die Erklärung genügen, die eingeführte Sendung sei sowjetisches Eigentum. Dieses Eigentum geht aber bald über die russischen Warenhäuser in den Handel. Dagegen sind

die österreichischen Behörden machtlos, denn die USIA lehnt jede Auskunft ab.

Eine steuerliche Überprüfung dieser Betriebe ist ebenfalls unmöglich. Die Russen zahlen - wie der Finanzminister Dr. Margaretha bekanntgab - von den Staatssteuern nur die Lohnsteuer und selten die Umsatzsteuer, alle anderen Steuern erkennen sie nicht an. Sie werden an die Russische Staatsbank überwiesen. Nach einer Mitteilung des Finanzministers verstoßen die Russen auch gegen das Branntweinmonopol, indem sie Feinsprit, Wodka, Rum und Liköre erzeugen. Im vergangenen Jahre erlitt der österreichische Staat einen Verlust von 30 Millionen Schilling nur auf diesem Sektor. Aber der Prozess geht weiter: der Absatz von Monopolsprit nimmt weiterhin ab, nicht etwa, weil die Österreicher sich zum "geistlosen" Leben bekehren, sondern weil der unversteuerte, also billige Sprit immer mehr Abnehmer findet. Schätzungsweise sind im ersten Halbjahr 1950 weitere 35 Millionen Schilling auf diese Weise verloren gegangen.

Verweisen wir noch auf die Tatsache, dass - ganz besonders aus der GDR - Uhren, Strümpfe, Maschinen mit deutschen Firmennamen kommen, dass aus Dresden die kitschigsten Heiligenbilder eingeführt werden und dass Wien waggonweise die den Sudetendeutschen geraubten Bücher kauft, um damit Geschäfte zu treiben - so ist angedeutet, dass über die russische Besatzungszone eine Unmenge von Waren einfließt, die Österreich in genügendem Maße selbst erzeugt. Aber gegen die unkontrollierbaren Kräfte ist die österreichische Exekutive machtlos. Und der Mangel an Staatsgesinnung bei den Käufern illegal eingeführter Waren lässt sich schliesslich nicht durch Polizeimaßnahmen ersetzen, die Versuchung ist zu gross und der Horizont mancher Menschen zu eng.

Die Atombombe der "Prawda"

sp. Seit Monaten laufen sich kommunistische Funktionäre jeder Schattierung die Stiefelsohlen ab, um das ihnen gestellte Unterschriftensoll in der "Friedenskampagne" zu erfüllen. Der Aufruf dazu war in Stockholm erlassen worden; als Grundmotiv war die Ächtung der Atombombe genommen worden. Was sich hinter dieser harmlosen Parole verbirgt und wozu sich der Unterschreibende in Wirklichkeit verpflichtet, hat kürzlich die Moskauer "Prawda" bekanntgegeben. Jede Unterschrift auf der Sammelliste bedeute ein Gelöbnis zur Zusammenarbeit mit der Sowjetunion

und eine Verpflichtung zur Tätigkeit in der Fünften Kolonne". Wörtlich heiße die Verpflichtung: "Ich werde Züge zum Stehen bringen, ich werde dem Löschen von Waffenladungen entgegentreten, den Flugzeugen den Treibstoff sperren, den Söldnern die Waffen entreissen. Ich werde meinem Mann und Sohn nicht erlauben, an die Front zu gehen. Ich werde den Ministern Speise und Trank verweigern und mich der Arbeit in Telefonzentralen, im Transportwesen und im Kohlenbergbau widersetzen. Wenn die Kriegshetzer auf die Menschen die Schrecken des Krieges herabbeschwören wollen, dann werde ich ihnen die Waffe, die sie mir gewaltsam in die Hand drücken, entreissen und gegen sie selbst richten".

Es wäre schön, wenn die Millionen, die in der Sowjetunion zur Unterschrift gezwungen wurden, die von der "Prawda" proklamierten "Antikriegsziele" gegen die Kriegstreiber in ihrem eigenen Lande wahr machen könnten. Der "Prawda" aber ist in ihrer propagandistischen Absicht für den Hausgebrauch ein böser Lapsus passiert. Denn noch werden im Westen Unterschriften für den "Frieden" gesammelt. Eine Kopenhagener Zeitung veröffentlichte nach Bekanntwerden dieses "Prawda"-Zitates täglich Vordrucke für eine Erklärung, in der von der KP-Leitung die Streichung der Unterschrift gefordert wird. Das Ergebnis war überwältigend. Binnen wenigen Tagen war die kommunistische Unterschriftenliste zusammengeschrumpft.

Wäre die Angelegenheit nicht so bitter ernst, könnte man das Beispiel einer Schule in England empfehlen, die in der kommunistischen Presse wegen ihres "Sammeleifers und Friedenswillens" gelobt wurde. Später stellte sich jedoch heraus, dass die Schulkinder die Sache als einen Scherz betrachtet hatten. Ihre Unterschriften lauteten "William Käsekuchen", John Schweineohr" und ähnliche Phantasienamen. Aber dazu ist die Sache zu ernst. Auch der Name "Käsekuchen" zählt für die kommunistische Propaganda.

- - -